Amok – oder vom asozialen Neoliberalismus zum offenen Klassenkampf von oben

Aufruf zum legalen Widerstand gegen die Asozialen aus SPDCDUFDP und „Grünen“

von

Egbert Scheunemann

Nun sollen also demnächst Putzfrauen oder Straßenkehrer genauso viel Krankenkassenbeitrag (264,- € pro Monat) bezahlen wie der Abteilungsleiter oder Konzernchef und also die Spitzenverdiener. Die, die das unchristlicherweise fordern, nennen sich Christdemokraten. Aus der gleichen Partei hört man den Vorschlag, man solle ältere Menschen nicht mehr auf Kosten der Allgemeinheit durch aufwändige Operationen von ihren Schmerzen befreien – und also wohl unter Drogen ruhigstellen. In einem Anfall vollständiger geistiger Umnachtung bezeichnet Norbert Blüm den pauschalen Krankenkassenbeitrag für alle, also den wohl unsozialsten sozialpolitischen Vorschlag seit Sozialstaatsgedenken, als „sozialistische Gleichmacherei“. Dass die Starken mehr und die Schwachen weniger zahlen – das wäre dann wohl hyperliberaler Ultraindividualismus. Und von sozialdemokratischer, nein: asozialdemokratischer Seite hört man kaum Widerspruch. Warum auch. Mit der „Agenda 2010“, dem schlimmsten sozialpolitischen Kahlschlag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, werden Millionen Menschen in bitterste Armut und ins soziale Elend gestürzt – oder gleich in *Zwangsarbeit*, wie in vielen Städten für Sozialhilfeempfänger inzwischen schon der Fall oder für Langzeitarbeitslose demnächst der Fall, wenn sie jeden Drecksjob zu jedem Ausbeuterlohn werden annehmen müssen.

Die Vertreter fast aller Parteien überschlagen sich regelrecht mit tagtäglich neuen Vorschlägen, wie man gegen Kranke, Rentner, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und andere „Sozialschmarotzer“ vorgehen und wie man ihr Einkommen noch weiter kürzen kann – um die nächsten Steuergeschenke für die Reichen und Superreichen zu finanzieren. Mit dem nächsten Schritt der Steuerreform soll der Steuersatz für Spitzenverdiener bekanntermaßen weiter gesenkt werden! Er lag mal bei fast 60 Prozent und wird also demnächst auf 42 Prozent sinken. Die Vermögenssteuer ist schon lange abgeschafft. Und die Erbschaftssteuer wurde bekanntlich ebenso gesenkt. Die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer. Wer monatlich sage und schreibe 400 € als Sozialhilfeempfänger hinausschleudert, wird als „Sozialschmarotzer“ denunziert. Wer seine Vorstandsgehälter selbstherrlich in den letzten Jahren verdoppelt und verdreifacht hat – der ist ein „Leistungsträger“ und muß natürlich mit weiteren Steuergeschenken noch fürstlicher entlohnt werden. Schöne neue widerwärtige Welt.

Also alles wie gehabt in deutschen Landen: Nach unten treten, nach oben buckeln. Neoliberale, marktradikale und also asoziale Gleichschaltung der Hirne reihum. In Zeitungen und TV-Beiträgen jagt ein wutschnaubender Beitrag gegen sozial Schwache den anderen, eine Hetzschrift gegen Alte, Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger die andere, und eine Lüge nach der anderen wird uns aufgetischt: Wir müssten die Soziallasten reduzieren, Lohnzurückhaltung üben und die Steuern senken um WIEDER international wettbewerbsfähig zu werden – im, um daran zu erinnern, Lande des jahrzehntelangen Exportweltmeisters! Die BRD exportiert pro Kopf fast doppelt soviel wie DAS Exportland Japan! Wie können dann bei uns die sozialen und Lohnkosten zu hoch sein? Wie schafft das Deutschland nur trotz aller dahergelogenen Wirtschaftshemmnisse – von der vermeintlichen „Überbürokratisierung“ des Staates bis zum vermeintlichen Investitionshemmnis Kündigungs- oder Umweltschutz?

Die Hauptlüge lautet, wir könnten uns den Sozialstaat grundsätzlich nicht mehr leisten – obwohl diese Gesellschaft so reich ist wie nie zuvor! Von 1991-2000 stieg das

jährliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland von 2.938 Milliarden DM auf 3.961 Milliarden DM. Das sind in nur einem Jahrzehnt also über 1000 Milliarden DM, also eine *Billion* DM mehr – MEHR! Warum sollten wir uns also im Jahre 2000 oder 2003 (nach einem weiteren Anstieg des BIP auf inzwischen 2110 Milliarden €, also weit über *4 Billionen* DM – bei sogar *abnehmender* Bevölkerungszahl!) weniger einen Sozial- und Wohlfahrtsstaat leisten können als 1991 – oder gar Anfang der 70er Jahre, als der Sozial- und Wohlfahrtsstaat ja eigentlich erst richtig ausgebaut wurde und das BIP *weit* unter der *Hälfte* des heutigen lag? Was wäre so schlimm daran, wenn in unserer alternden Gesellschaft (wir wollen ALLE möglichst alt werden!) immer größere Teile des ZUWACHSES des BIP zu den Alten umverteilt werden und also bei ABSOLUT für ALLE steigendem Wohlstand die Alten eine immer höhere QUOTE des Volkseinkommens bekämen? Was wäre also daran so schlimm, solange ALLE immer reicher werden aufgrund gerechter Verteilung der ZUWÄCHSE, wenn die Staats- bzw. Sozial*quote* am BIP peu à peu auf 45, 50 oder 55 Prozent steigen würde? Was ist eigentlich das Problem?

Ich kann und möchte in diesem Aufruf nicht alle Argumente gegen die wirtschaftlich wie sozial verheerenden Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik (sprich: Gewinne hoch, Löhne und Sozialleistungen runter) wiederholen, die ich an anderer Stelle schon geäußert habe: Man lese meine beiden kleinen Arbeiten *„Neoliberale Umverteilung von "unten" nach "oben" als Ursache der Massenarbeitslosigkeit. Argumente gegen den neoliberalen wirtschaftspolitischen Irrsinn auf nur einer Seite“* und *„Der neoliberale Weg in den Abgrund. Marktradikalismus, Lohndrückerei und Kürzungen der Sozialausgaben als Ursachen der Massenarbeitslosigkeit“* (7 Seiten), jeweils als download erhältlich unter www.egbert-scheunemann.de, oder mein kleines Büchlein (nur 88 Seiten) *„Der Jahrhundertfluch. Neoliberalismus, Marktradikalismus und Massenarbeitslosigkeit. Eine allgemeinverständliche Erklärung der Zusammenhänge“* (Münster/Hamburg/London 2003).

Mit diesem Aufruf möchte ich vielmehr gegen eine Lethargie, ja eine regelrechte Lähmung in meinem grundsätzlich sozial aufgeklärten und also linksorientierten Freundes- und Bekanntenkreis, aber auch in der bundesdeutschen Linken insgesamt anschreiben. Denn egal, wo man im Freundes- oder Kollegenkreis oder am politischen Stammtisch nachfragt – man stößt auf Fassungslosigkeit und stumme Wut. Man kann kaum glauben, was politisch passiert. Man denkt, man sei im falschen Film oder in einem politischen Albtraum. Was vor wenigen Jahren in der SPD noch zum Parteiausschlussverfahren geführt hätte, ist heute asozialdemokratische offizielle Regierungspolitik. Und was werden sie, die Asozialen aus SPDCDUFDP und „Grünen“, wohl morgen fordern? Arbeitslager für Sozialhilfeempfänger? Internierung von Obdachlosen? Senkung des Steuersatzes für Spitzenverdiener auf 10 Prozent und Besteuerung aller kleinen Sozialeinkommen mit 25 Prozent? Wird sich in diesem Lande „Leistung“ erst wieder „lohnen“, wenn die Spitzeneinkommen nicht nur wie derzeit das Tausendfache, sondern irgendwann das Zehntausendfache des auf die Hälfte reduzierten Sozialhilfesatzes betragen? Werden sie, die wahren Asozialen, das Problem Massenarbeitslosigkeit lösen, indem sie die Arbeitslosen an die Wand stellen – ähm, an die soziale Wand, also an den Pranger stellen, sie in Zwangsarbeit und Drecksjobs für Hungerlöhne, in soziale Verelendung, Resignation und Selbstmord treiben?

Man verliert als zwar politisch interessierter, aber nicht professionell politisch oder sozialwissenschaftlich tätiger Mensch schlicht den Überblick über all die sozialpolitischen Schweinereien, die täglich über uns als Gesetze oder Gesetzesvorlagen hereinprasseln. Man liest verschiedene Zeitungen, schaltet die Nachrichten im Fernseher ein – und alle, ALLE lügen mit, alle lügen von „Reformen“, wo schlimmste sozialpolitische Sauereien gemeint sind, wo übelster Klassenkampf von oben betrieben wird. Was kann man als einzelner Mensch schon tun gegen diesen Amoklauf einer gesamten Gesellschaft, gegen Gehirnwäsche und Mitläufertum an den Grenzen des nackten Ekels?

Leute, man kann etwas tun! Mit diesem Aufruf möchte ich alle Menschen aufrütteln und sie zu aktivem legalen politischen Widerstand aufrufen, die sich noch einen Rest an Denk- und Moralfähigkeit bewahrt haben. Sprecht eure Freunde, Arbeitskollegen, Bekannten und Verwandten an! Stellt sie zur Rede, was SIE machen, um dem neoliberalen Amoklauf Einhalt zu gebieten! Verteilt (via Internet oder als Flugblatt) die oben genannten oder diesen Artikel (oder andere aufklärende Schriften) an möglichst viele Menschen! Bombardiert damit die Redaktionen eurer Tageszeitungen! Sprecht den Bundestagsabgeordneten eures Wahlkreises an! Schreibt dem Bundeskanzler! Schreibt Medienvertretern (von Sabine Christiansen bis Johannes B. Kerner)! Organisiert Demonstrationen – am besten bewaffnet mit leerem Kochtopf und Suppenlöffel! Tretet in Gewerkschaften ein und macht Rabatz! Tretet in die SPD ein und kämpft für ein Parteiausschlussverfahren gegen einen der schlimmsten Asozialdemokraten aller Zeiten – Gerhard Schröder!

Wir brauchen eine große politische Sammlungsbewegung aller sozialen Kräfte aus ALLEN Parteien und gesellschaftlichen Gruppen. Die politische Situation ist derartig katastrophal und hochgefährlich, dass auf ideologische Berührungsängste grundsätzlich keine Rücksicht mehr genommen werden kann (Bündnisse mit „sozialen" Rechtsextremen und anderem rechten Gesindel bleiben selbstverständlich Tabu). Eine soziale Restlinke gibt es in (fast) jeder Partei. Die Lage ist ja schon derart pervers, dass einer der Wenigen aus der offiziellen Politik, die sich gegen den neoliberalen Amoklauf von Schröder, Merkel & Co. stellen – *Edmund Stoiber* heißt! Er kritisiert den pauschalen Krankenkassenbeitrag für alle als unsozial! Er meint, dass etwas nicht stimme in diesem Lande, wenn sich die Vorstände in den Konzernen fürstliche Gehaltserhöhungen genehmigen – und im gleichen Zuge Tausende Lohnempfänger entlassen! Er sei herzlich willkommen in der Koalition derjenigen, die sich gegen den neoliberalen sozialpolitischen Terror stellen! Restlinke aus SPD, CDU, CSU, PDS, „Grünen", Gewerkschaften, Kirchen etc. – vereinigt euch! Oskar Lafontaine, werde aktiv, rufe auf zur Gründung einer sozialen Sammlungsbewegung! Linke Bundestagsabgeordnete der SPD, haltet Brandreden gegen den neoliberalen Irrsinn eurer eigenen „Genossen". Und wenn ihr danach aus der Partei fliegt – seid stolz darauf! Nutzt die Talkshows, um die Lügner Lügner, die wahren Asozialen die wahren Asozialen und die Mitläufer Mitläufer zu nennen!

Also, liebe Leute, Arsch hoch – **ARSCH HOCH!**

Abschließend seien nochmals die **wichtigsten Argumente** gegen die **neoliberalen Lügen** und die **Grundzüge einer ökosozial verträglichen, wirtschaftlich erfolgreichen Vollbeschäftigungspolitik in Kurzform** genannt:

1. Die Massenarbeitslosigkeit ist nicht Folge eines ausufernden Sozialstaats, von zu hohen Löhnen, zu hohen Sozialabgaben oder von zuviel „Staat" (Arbeits- und Kündigungsschutz oder Umweltschutzgesetze etc.), sondern das Ergebnis jahrzehntelanger Umverteilung von „unten" (geringe Sparquote, hohe Konsumquote) nach „oben" (hohe Sparquote, geringere Konsum*quote* – bei natürlich *absolut* sehr viel höherem Konsum aufgrund *absolut* sehr viel höherer Einkommen). Die da „oben" konnten und können ihr dramatisch angestiegenes Einkommen und ihre gelegentlich schon obszönen Gewinnsteigerungen in der realen Wirtschaft nicht hinreichend gewinnbringend investieren, da aufgrund der zurückgebliebenen Masseneinkommen ausreichende Absatzmöglichkeiten fehlten und fehlen (Investitionsschwäche der letzten Jahre). Also „investierten" und „investieren" sie ihr Geld im Finanzsektor (Aktienkäufe etc.), um wenigstens Zinsen bzw. Dividenden für ihr Kapital zu erhalten – wo dieses Kapital dann immer wieder nach Börsenkrächen in Milliardenhöhe vernichtet wurde und wird, ohne Nachfrage, Produktion und also Beschäftigung zu vermitteln. Die Finanzierungsprobleme des Sozialstaats und die hohe Staatsverschuldung resultierten und resultieren aus jahrzehntelangen Steuergeschenken für die Unternehmer und Unternehmen, die Spitzenverdiener und Vermögenden (wer sein Geld verschenkt, muß sich nicht wundern, dass er irgendwann pleite

ist), sowie aus der selbst verschuldeten Massenarbeitslosigkeit: Hätten vier Millionen *mehr* Beschäftigte in den letzten Jahren und Jahrzehnten entsprechend *mehr* Steuern und Sozialabgaben bezahlt (anstatt als Arbeitslose Arbeitslosengeld etc. beziehen zu müssen) – es gäbe KEINERLEI Finanzierungsprobleme des Sozialstaates! DAS Problem des Sozialstaates ist, dass aufgrund der Massenarbeitslosigkeit immer *weniger* Beitragszahler für immer *mehr* Menschen (Arbeitslose, Kranke, Rentner, Sozialhilfeempfänger) aufkommen müssen. Würden sich ALLE an der Finanzierung des Sozialstaates beteiligen – es gäbe, nochmals, KEINERLEI Finanzierungsprobleme des Sozialstaates!

2. *Die* **Strategie für Beschäftigung** lautet also *Umverteilung von „oben" nach „unten"* und damit Stärkung von Massenkaufkraft, Absatz, Produktion und Beschäftigung sowie Steuerfinanzierung ALLER Sozialausgaben – und also: Abschaffung ALLER lohnbezogenen Sozialbeiträge (zur Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung etc.) und Finanzierung ALLER Sozialeinkommen (Grundrente, medizinisch hochwertige Grundversorgung, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe etc.) über das allgemeine Steueraufkommen, also durch ALLE – und also auch durch Selbständige, Unternehmer, Beamte etc. als Steuerzahler. Die Befreiung der Löhne von allen Sozialabgaben würde die Nettolöhne und also die Kaufkraft dramatisch steigern und die Unternehmen von ALLEN Sozialbeiträgen entlasten – und also Arbeit sehr viel billiger und damit Beschäftigung lohnender machen. Bei einem BIP von derzeit etwa 2100 Milliarden € und einer Arbeitslosenquote von ca. 10 Prozent muß eine Stärkung der realen Massenkaufkraft (mit folgender Absatz-, Produktions- und Beschäftigungsausweitung) also etwa in der Höhe von 200 Milliarden € erfolgen, um die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Die vollständige Finanzierung aller Sozialeinkommen aus dem allgemeinen Steueraufkommen umfasst etwa 40 Prozent des BIP (Sozialquote). Alle nachfolgend genannten steuerpolitischen Einkommensumverteilungen sind also in der Summe in dieser Größenordnung zu dimensionieren.

Als steuerpolitische Einzelmaßnahmen bieten sich an: Steigerung des Spitzensteuersatzes auf 70 Prozent (bei Einkommen über 150.000 € pro Jahr) und Erhöhung des Eingangssteuersatzes auf 25 Prozent bei Erhöhung des steuerfreien Grundeinkommens (was bei Streichung ALLER lohnbezogenen Sozialbeiträge immer noch eine dramatische Erhöhung der Nettolöhne und also der Kaufkraft zur Folge hätte); Wiedereinführung einer Vermögenssteuer; Erhöhung der Erbschaftssteuer auf Gewerbekapital (über 100.000 €) auf 70 Prozent (also auf die Höhe des Spitzensteuersatzes – auch ein Erbe ist ein Einkommen); Einführung einer Kapitalumsatzsteuer bei Finanzgeschäften (Tobin-Steuer) in der Höhe der normalen Umsatzsteuer; Erhöhung der Umsatzsteuer; Erhöhung aller Ökosteuern; Erhöhung der Tabak- und Alkoholsteuer.

Nach Abschaffung der Massenarbeitslosigkeit und also ihrer Kosten und Folgekosten könnte die allgemeine Steuerquote entsprechend sinken – oder diese Ersparnisse könnten peu à peu in Richtung der Alterssicherung umverteilt werden. Und die betrifft – in the long run – UNS ALLE! Wir verteilen also zu UNS um, wenn wir in Richtung Alterssicherung umverteilen. Welcher Denk- und Moralfähige und also wer außer den Asozialen von SPDCDUFDP und „Grünen" könnte etwas dagegen haben?

Ach ja und zuguterletzt – das leidige „Argument" *Kapitalflucht*. Um es so zu sagen: Wer sich den dramatisch wachsenden Gewinnchancen, Folge der oben angesprochenen 200 Milliarden € zusätzlicher volkswirtschaftlicher Nachfrage, via Kapitalflucht oder Umzug nach Luxemburg entziehen und sich also als wirtschaftstheoretischer und realkapitalistischer Vollidiot outen will – mir soll's recht sein. Verschwindet, Asoziale! Die Manager in den USA oder sonst wo in der Welt warten nur darauf, für euch deutsche Spitzenkräfte die Sessel zu räumen! Ab! Weg! Und tschüss!
